

RUNDBRIEF

HERMANN GRÖHE AKTUELL

Beachten Sie bitte
die weiterführenden
Links ►►
in den Texten!

CDU

INFORMATIONEN AUS DEM WAHLKREIS UND BERLIN

Nummer 8 | 18. Mai 2018



Foto: Deutscher Bundestag / Julia Nowak

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Aussicht gewonnen, Weitsicht bewiesen: Die Klausurtagung der geschäftsführenden Vorstände der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD hat uns am 7. und 8. Mai ins bayerische Murnau bzw. auf die Zugspitze geführt ►►. Wir haben dabei viele gute Gespräche geführt und die weitere Zusammenarbeit abgestimmt. Zugleich haben wir die Einrichtung zweier wichtiger Enquete-Kommissionen des Bundestages beschlossen, in der Abgeordnete und Experten aus Wissenschaft und Gesellschaft die Zukunft der beruflichen Bildung und das Thema Künstliche Intelligenz beraten werden. Mit Blick auf meine Zuständigkeit für das Themenfeld „Arbeit und Soziales“ innerhalb der Unionsfraktion liegt mir das Ziel der Enquete-Kommission für berufliche Bildung besonders am Herzen. Denn diese soll aufzeigen, wo und auf welche Weise berufliche Bildung an die Anforderungen der digitalen Arbeitswelt anzupassen ist – auch mit Blick auf den zukünftigen Bedarf an Fachkräften. Wichtig: Ein Schwerpunkt soll dabei auf pflegerischen, pädagogischen und Sorgetätigkeiten liegen.

Ich teile zudem die Einschätzung von Volker Kauder, der als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Arbeitstage von Murnau im Beisein der SPD-Fraktionsvorsitzenden Andrea Nahles und von CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt treffend zusammengefasst hat: „Wir haben Beschlüsse gefasst, die für die Menschen wichtig sind – so das große Paket für Bauen, Wohnen und Eigentumserwerb für junge Familien mit Kindern.“ ►► Der zweite Tag der Klausurtagung ließ uns auch die Möglichkeit, die veränderte Lage im Nahen Osten zu beraten. Zudem gedachte Volker Kauder in einem Moment der Stille auch der Opfer des Eisenbahnunglücks bei Augsburg am 7. Mai.

Am Mittag des folgenden Tages ging der Blick abschließend wieder voraus, als unser Fraktionsvorsitzender den einträchtigen „Geist von Murnau“ beschwor, um die weitere Arbeit zur Umsetzung des Koalitionsvertrages zügig durchzuführen – und das streben wir auch weiterhin gemeinsam an!

Herzliche Grüße

PLENARREDEN ZUR HAUSHALTS- WOCHE IM BUNDESTAG

Die eingehenden Debatten zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 standen im Mittelpunkt der heute endenden Sitzungswoche des Bundestages. Hermann Gröhe sprach zu den Themenfeldern „Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ sowie „Arbeit und Soziales“, für die er als Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zuständig ist. „Wir brauchen auch eine öffentliche Debatte über die gewachsene internationale Verantwortung unseres Landes!“, erklärte Gröhe am Mittwoch einleitend mit Blick auf Deutschlands verantwortlich gestaltete Entwicklungszusammenarbeit. Für die Unionsfraktion sei klar, dass Investitionen für eine gute Zukunft unseres eigenen Landes und ein klares Bekenntnis zur gewachsenen internationalen Verantwortung der Bundesrepublik untrennbar zusammengehörten ►►. Das große Ziel der Vollbeschäftigung war einer der Schwerpunkte in Gröhes Plenarrede zu „Arbeit und Soziales“ am heutigen Morgen. Um dieses Ziel zu erreichen, sei es auch erforderlich, die Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt für Menschen, die schon sehr lange arbeitslos sind, zu verbessern. Wie Gröhe betonte, werde 2018 deshalb das Programm „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen gestartet. Erforderlich sei grundsätzlich, einen ganzheitlichen Ansatz umzusetzen, um die Lage von Langzeitarbeitslosen in ihrer jeweiligen Lebenssituation passgenau verbessern zu können ►►.

Den Gesetzentwurf der Bundesregierung über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2018 finden Sie hier ►►.

RENTENKOMMISSION EINGESETZT

Der Blick geht voraus, die Verantwortung besteht aber schon jetzt: Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat am 3. Mai in Berlin die Rentenkommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ eingesetzt, in der auch Hermann Gröhe Mitglied ist. Die Kommission soll Vorschläge für eine künftige Rentenreform erarbeiten. Der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist dabei wichtig, dass die Rente für Jung und Alt verlässlich bleibt. Das Gremium soll sich laut Koalitionsvertrag außerdem „mit den Herausforderungen der nachhaltigen Sicherung und Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung und der beiden weiteren Rentensäulen ab dem Jahr 2025 befassen“. Gröhe, der als Stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion auch für den Bereich „Arbeit und Soziales“ zuständig ist, betonte: „Für die Union ist von zentraler Bedeutung, dass die Rente für Jung und Alt verlässlich bleibt.“ Neben den im Koalitionsvertrag vereinbarten Verbesserungen in der Rente, etwa bei der Erwerbsminderungsrente, der Mütterrente und der Grundrente, werde die Kommission vor allem die Zeit nach 2025 in den Blick nehmen. „Angesichts der Veränderungen in der Arbeitswelt und im Altersaufbau unserer Gesellschaft sind dabei erhebliche Anstrengungen erforderlich“, so Gröhe. Es gehe darum, eine auskömmliche Alterssicherung zu gewährleisten und zugleich Beitragszahler, die Wirtschaftskraft und kommende Generationen nicht zu überfordern. Nicht zuletzt durch die Mitwirkung der Sozialpartner und die Inanspruchnahme wissenschaftlichen Sachverständigen bestehe mit der Arbeit der Kommission die Chance, die Grundlagen für einen nachhaltigen Rentenkonsens zu legen, erklärte Gröhe in Berlin.

Hintergrundinformationen zur Rentenkommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ finden Sie hier ►►.

Mein Wahlkreis
Dormagen, Grevenbroich
Neuss, Rommerskirchen
Meine Ziele im Wahlkreis

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 22777321
E-Mail: hermann.groeh@bundestag.de



www.hermann-groeh.de

„KLARTEXT“: NORBERT LAMMERT IN NEUSS

„Die Demokratie steht nicht unter Denkmalschutz“: Nachdenklich zeigte sich Prof. Dr. Norbert Lammert, Bundestagspräsident a. D. und Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, bei der gemeinsamen Veranstaltung „Klartext“ der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein, der Unternehmerschaft und der Sparkasse Neuss am Dienstag der vergangenen Woche. Die Leitfrage des Abends, der von Michael Bröcker als dem Chefredakteur der „Rheinischen Post“ moderiert wurde, lautete, ob Deutschland „vor einer politischen Zeitenwende“ stehe. Dies verneinte Lammert als Gastredner, führte zugleich aber aus, dass der Zustand von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie weltweit zunehmend bedenklich sei und stabile, freiheitlich-demokratische Grundordnungen vor allem keine Selbstverständlichkeit mehr sind. Im Beisein von Hermann Gröhe verdeutlichte Lammert zudem, dass Nationalstaaten alleine nicht fähig seien, die weltweiten Herausforderungen für die Demokratie zu lösen. Deshalb sei insbesondere eine umsichtige und vernünftige europäische Integration auch in Zukunft von wesentlicher Bedeutung. „Sonst spielen wir in dieser Welt keine Rolle mehr“, mahnte Lammert, der zudem erklärte, die Demokratie sei eine der bedeutendsten politischen Errungenschaften, die Europa hervorgebracht habe.

Hintergrundinformationen zu Prof. Dr. Norbert Lammert finden Sie hier ►► auf der Website der Konrad-Adenauer-Stiftung ►►.

101. DEUTSCHER KATHOLIKENTAG

Klare Worte des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Volker Kauder sah im 101. Deutschen Katholikentag, der vom 9. bis zum 13. Mai 2018 in Münster stattfand, ein „großes Glaubenszeichen“. Mit der Vielzahl seiner religiösen und politischen Gespräche und Veranstaltungen zeige der Katholikentag, „dass Christen Verantwortung im öffentlichen Leben übernehmen. Der Katholikentag sei aber auch eine Ermutigung, „über unseren christlichen Glauben öffentlich zu reden“. Dass dies nicht überall auf der Welt ohne weiteres möglich ist, betonte Kauder ebenfalls und er übte heftige Kritik an einer mangelnden Religionsfreiheit insbesondere in zahlreichen islamisch geprägten Staaten.

Die Bedeutung der Religionen im weltpolitischen Tagesgeschehen war auch das Thema, zu dem sich Bundeskanzlerin Angela Merkel bei einem Podiumsgespräch in Münster äußerte. Gemeinsam mit dem Friedensforscher Tilman Brück und dem Kurienkardinal Peter Turkson sprach sie dabei auch über Deutschland in einer veränderten Weltlage. Dort kritisierte Merkel vor allem, dass die USA das Atomabkommen mit dem Iran einseitig verlassen habe. Sie halte das für „nicht richtig“, sagte die Kanzlerin, denn das verletze das Vertrauen in die internationale Ordnung. Außerdem erteilte die Bundeskanzlerin einer einseitigen nationalen Politik eine Absage: „Wir entscheiden uns auch in schweren Zeiten für die Stärkung des Multilateralismus.“ Gemeinsame, tragfähige Lösungen seien unter anderem durch die Aufkündigung des Iran-Abkommens durch Präsident Donald Trump und den Rückzug der USA aus dem Pariser Klimaabkommen noch wichtiger als zuvor geworden.

Dass der diesjährige Katholikentag unter dem Motto „Suche Frieden!“ ein Signal für das friedliche Zusammenleben verschiedener Religionen und Konfessionen sein könne, betonte Hermann Gröhe, der als Beauftragter für Kirchen und Religionsgemeinschaften der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach Münster gekommen war ►►. Denn „in einem Jahr mit vielen internationalen Konflikten und Krisen ist es ein besonderes Erlebnis, sich in Münster, der Stadt des Westfälischen Friedens, zum 101. Deutschen Katholikentag zu treffen.“ Man spüre, wie Gröhe ausführte, dass das Thema viele Menschen umtreibe. „Gerade der Westfälische Friede war ein Verständigungsfrieden und ein Schritt zu einem friedlichen Miteinander der christlichen Konfessionen“, so Gröhe. Dies werde einem in Münster bewusst, wie Gröhe im Gespräch mit Lisi Maier, der Vorsitzenden des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend, auf einer Bühnen des Katholikentages verdeutlichte. „Wenn wir Frieden suchen, sollten wir mit Neugier und Respekt auf Menschen anderen Glaubens zugehen und zugleich einladend für die eigenen Überzeugungen werben. So können wir ein Klima des friedlichen Zusammenhalts schaffen.“

Neues aus dem Parlament

Generaldebatte des Deutschen Bundestags zum Haushalt 2018

Deutschlands internationale Verantwortung im Blick: Angesichts der zunehmenden Zahl an Krisenherden in der Welt hat Bundeskanzlerin Angela Merkel am vergangenen Mittwoch Mehrausgaben für Verteidigung und Entwicklung gerechtfertigt. In der Generalaussprache des Bundestages zum Haushalt 2018 sagte Merkel, Deutschland brauche eine Bundeswehr, „die den heutigen Anforderungen Rechnung trägt“. Zudem müsse deutlich mehr Geld als bisher für die Digitalisierung aufgewendet werden, forderte sie, denn: „Von der Digitalisierung hängt das Wohlstandsversprechen ab.“

Die Welt, so die Kanzlerin, werde unruhiger und unübersichtlicher. Auch in der unmittelbaren Nachbarschaft der Europäischen Union habe sich das sicherheitspolitische Umfeld tiefgreifend verändert, mahnte Merkel mit Blick auf Syrien und Russland. Daher müsse die Verteidigungsfähigkeit sowohl Deutschlands als auch seiner Verbündeten in der EU und der NATO verbessert werden. Deshalb bekomme neben den Auslandseinsätzen auch die Landes- und Bündnisverteidigung wieder eine größere Bedeutung. Den Zielen des NATO-Gipfels von Wales fühle Deutschland sich verpflichtet, unterstrich Merkel. Die NATO-Staaten hatten im Jahr 2014 eine schrittweise Steigerung der Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts innerhalb von zehn Jahren vereinbart.

Mehr Geld für eine verbesserte Ausrüstung sei erforderlich, um nicht nur die Soldaten in den Auslandseinsätzen bestmöglich auszustatten, sondern auch die Soldaten, die zu Hause für ihre Aufgaben zur Landes- und Bündnisverteidigung üben, betonte die Kanzlerin. Nicht zuletzt müsse man sich gegen Cyberattacken wappnen. „Deshalb geht es nicht um Aufrüstung, sondern ganz einfach um Ausrüstung“, sagte sie.

Die vollständige Rede der Bundeskanzlerin finden Sie hier ►►.

► 18. Mai 2018

Grußwort anlässlich der Eröffnung des Lehrstuhls für Religionsfreiheit der Freien Theologischen Hochschule Gießen.

► 27. Mai 2018

Teilnahme am Sommerempfang „Dormagen sagt danke“.

► 9. Juni 2018

41. Landesparteitag der CDU Nordrhein-Westfalen, Bielefeld.